LINKE LISTE Nürnberg

Stadtratnews

aus der Arbeit der Linken Liste im und ums Rathaus

Ausgabe 02 / 2015

Mobilität
VAG-Jahresticket
Aber nicht erst ab 9 Uhr!

Scharf kommentiert
Opposition in der Offensive

Wohnen
GBW macht weiter Stress

Rund ums Rathaus
Neue Litfaßsäulen-WCs
Nelson-Mandela-Platz

Menschenrechte
Leyla bleibt!

Soziales statt Militär!

„Deutschland muss in der Welt mehr Verantwortung übernehmen“ fordert Bundespräsident Gauck zusammen mit Regierungspolitikern. Das bedeutet, die Bundeswehr soll in der ganzen Welt einsatzfähig sein und je nach Interessenlage militärisch intervenieren. Doch nach wie vor stehen breite Bevölkerungsteile der Kriegsführung ablehnend gegenüber.

„Sag Nein zum Krieg“ - unter diesem Motto demonstriert die Nürnberger Friedensbewegung in diesem Jahr am Ostermontag.

Finger weg von der Jugend

Für die Bundeswehr wird es zunehmend schwer, den für sie notwendigen Nachwuchs zu rekrutieren. Obwohl die UN-Kinderrechtskonvention den Dienst an der Waffe für Minderjährige verbietet, wirbt die Bundeswehr an Nürnberger Schulen und Berufsmessen. Die LINKE LISTE engagiert sich seit Jahren dafür, Schulen zu bundeswehrfreien Einrichtungen zu erklären, um militärische Propaganda zu unterbinden. Gegen den Widerstand der CSU konnte im Stadtrat durchgesetzt werden, dass nur nach Information des Schulforums die Bundeswehr Schulstunden abhalten darf. Wir achten darauf, dass die Schulleitungen diesen Beschluss auch einhalten.

Waffenexporteur Diehl

Im Jahr 1997 erhielt der Nürnberger Rüstungsunternehmer Karl Diehl die Ehrenbürgerwürde der Stadt Nürnberg. Für die selbsternannte „Stadt des Friedens- und der Menschenrechte“ ist er sicher nicht der passende Ehrenbürger. Diehl war von 1933 bis 1945 strammes NSDAP-Mitglied. Der Konzern führte eine Außenstelle des Konzentrationslagers Flossenbürg und beutete dort ZwangsarbeiterInnen aus. Nach dem Krieg ging das Geschäft mit den Waffen weiter. Panzerketten, aber auch Munition, Granaten, Minen und Raketen werden produziert. Diehl bildet die rüstungstechnische und industrielle Basis in einem wichtigen Teilbereich der Militärtechnik. In der Weltrangliste der Rüstungskonzerne liegt der Konzern auf Platz 63 und ist mit über drei Milliarden € Gesamtumsatz und über 13.000 Beschäftigten kein „kleiner Fisch“. Jährlich werden aus Deutschland Waffen im Wert von über 8 Milliarden Euro in alle Welt geliefert. In allen Konfliktherden wird auch mit deutschem Waffen gekämpft und getötet, was wiederum für Kriegsflüchtlinge sorgt. Wir fordern: Waffenexporte verbieten!

Waffensysteme (Auswahl)	Anzahl / Stückpreis in Euro	Gesamtkosten in Euro	Zivile Alternativen
Eurofighter seit 2003	180 St. à 129,5 Mio. (incl. Waffen)	23,3 Milliarden	215.740 Sozialwohnungen à 70 qm (à € 108.000)

Quelle: isw grafik bb

Geld für Soziales statt für Rüstung

Die Mieten explodieren, da der soziale Wohnungsbau ausgeblutet wurde. Die Fahrpreise steigen, weil die städtischen Zuschüsse seit Jahren stagnieren. In Bildung und Betreuung wird gespart. Doch jährlich gibt die deutsche Bundesregierung über 30 Milliarden € für Rüstung und Militär aus. Viel Geld, das an diesen Stellen fehlt. Die LINKE LISTE fordert eine bessere finanzielle Ausstattung für die Kommunen anstatt immer höhere Militärausgaben.

Neues VAG-Jahresticket – aber nicht erst ab 9 Uhr!

Die im vergangenen Juni beschlossene Arbeitsgruppe des Stadtrates hat den Auftrag, eine „stark rabattierte Jahreskarte“ für den Nürnberger ÖPNV zu erarbeiten. Damit reagierte die Stadt auf die jahrelangen Proteste gegen die ständig steigenden Fahrpreise. Malys Alternativlosigkeit kippt langsam. Es gab Einzelgespräche mit allen Rathaus-Parteien und einigen Umwelt- und Verkehrsverbänden. Die LINKE LISTE fordert nach wie vor ein Jahresticket zu 365 Euro und darüber hinaus eine Vergünstigung für SchülerInnen, Studierende und Nürnberg-Pass-BesitzerInnen.

Erstes Zwischenergebnis? – Nicht mit uns!

Nun wurde ein erstes Ergebnis präsentiert. Unsere Forderung nach einem Wiener Modell wurde aufgegriffen – ein Jahresticket zu 29,10 Euro monatlich – aber erst ab 9 Uhr! Damit werden gerade ArbeitnehmerInnen, die vor 9 Uhr mobil sein müssen, ausgegrenzt. Die Ausschlusszeit muss fallen! Das Jahresticket rund um die Uhr soll dagegen von 55,10 auf 58,40 Euro monatlich steigen. Das ist eine Erhöhung um acht Prozent, auf 700,80 Euro und damit Abzocke!

Für ein Sozialticket zu 15 Euro

Für die BürgerInnen, die einen Nürnberg-Pass haben, wird seit vielen Jahren ein Sozialticket für 15 € ohne Ausschlusszeiten gefordert. NiedriglöhnerInnen, die aufstocken müssen, allein Erziehende oder RentnerInnen mit wenig Rente müssen genauso mit öffentlichen Verkehrsmitteln fahren können, um am Leben teilzunehmen.

Wiener Modell und Sozialticket ist möglich

Die Zuzahlung der Stadt Nürnberg an die VAG ist seit zwölf Jahren gleich geblieben. 2002 lag sie bei 66 Mio. € und 2013 bei 66,7 Mio. €. Unter Berücksichtigung der Inflationsrate ist der reale Zuschuss der Stadt sogar um ca. 19 % gesunken. Ein immer größerer Teil der ÖPNV-Kosten wird durch die Fahrgeldeinnahmen aufgebracht. Diese sind von 2002 bis 2013 um 64 % gestiegen. Die Beraterfirma Probst & Consorten stellt in ihrer Analyse fest, dass seit 1992 der Einzelfahrschein um 81 % teurer, aber die Parkgebühren um 41 % billiger wurden. Dadurch sind die Fahrgastzahlen um 8 % zurück gegangen. Es geht auch anders, wie einige Beispiele zeigen. Die Stadt Hasselt (Belgien) hatte 16 Jahre lang den Nulltarif. Die Stadt Wien hat ein Jahresticket zu 365 €. In beiden Städten stieg durch die Reduzierung des Autoverkehrs die Lebensqualität - weniger Autoverkehr, weniger Lärm, weniger Luftverschmutzung, mehr Bäume und Radwege. In Wien stieg die Nutzung der öffentlichen Verkehrsmittel auf 39 %, in Nürnberg bleibt die Zahl seit Jahren bei 22 %.

Gesichter für bezahlbare Fahrpreise

Eine Mutter in Teilzeit, ein Student, eine Schülerin, eine Nürnberg-Pass-Besitzerin, ein Arbeiter und ein Rentner schildern kurz ihre persönliche Situation und warum die VAG-Fahrpreise zu hoch sind. Die LINKE LISTE wollte dies auf einer Plakatwand am Plärrer der Öffentlichkeit zeigen. Dies hat für viel Wirbel bei Stadtreklame GmbH (Besitzerin der Werbefläche) und der VAG (Besitzerin des Grundstücks) gesorgt. Die Plakatwand wurde uns nicht vermietet! Dies ist ein Verstoß der freien Meinungsäußerung und der Gleichbehandlung mit anderen KundInnen!

GBW macht weiter Stress – MieterInnen wehren sich!

„Wer sich nicht wehrt, der lebt verkehrt“. Dieses alte Motto erweist sich auch in diesen Tagen als richtig. Die von Markus Söder (CSU) privatisierte Wohnungsgesellschaft GBW zeigte sich mal wieder besonders dreist und verschickte Mieterhöhungen bis zu 10 Prozent über dem Mietenspiegel! Begründet wurde die Abzocke stets mit einer besonders guten Lage der Wohnungen. Doch mit dieser pauschalen Begründung ist die Erhöhung aus Sicht der Mieterverbände unzulässig. Die LINKE LISTE führte im Februar eine Mieterversammlung durch, um die MieterInnen über ihre Rechte aufzuklären. Mehrere MieterInnen hatten nach Beratung durch die Mieterverbände die Zustimmung zur Mieterhöhung verweigert. Jetzt musste die GBW ganz offiziell die Mieterhöhungen zurücknehmen! Doch sie droht weiter mit Mietexplosionen und hofft auf MieterInnen die keinen Widerstand leisten. Die Erfahrung der letzten Mieterhöhung zeigt, dass sich die GBW nicht um Recht und Gesetz kümmert. Das Unternehmen setzt darauf, dass die MieterInnen der Erhöhung ohne Prüfung zustimmen. Den Investoren geht es dabei nur um möglichst hohen Profit. Wir raten MieterInnen sich bei Mieterhöhungen unbedingt bei einem der Mietervereine beraten zu lassen.

Deutscher Mieterbund e. V., Mieter helfen Mietern www.mieterbund.de

Rund ums Rathaus

Zehn neue Litfaßsäulen-WCs – ein Erfolg der Linken Liste

SÖR-Ausschuss 2011-2015

Beharrlichkeit und ständige Anträge der Linken Liste im Stadtrat für mehr Sauberkeit haben in Zusammenarbeit mit den außerparlamentarischen Aktivitäten von AnwohnerInnen und Klo-AktivistInnen der Altstadt ein Umdenken aller Rathausparteien erzwungen. In den nächsten drei Jahren sollen zehn Litfaßsäulen-Toiletten aufgestellt werden, die nicht genügen werden. Schon jetzt wurden über 60 Anträge für solche modernen, selbstreinigenden Toiletten von den Stadtteilvereinen aus der ganzen Stadt beim Bürgermeister Vogel eingereicht. Als die LINKE LISTE vor drei Jahren den ersten Antrag nach verlängerten Toilettenöffnungszeiten, für eine größere Beschilderung und mehr WCs gestellt hatte, haben dies alle Rathaus-Parteien als unnötig abgelehnt. Der Versuch der SPD, sich mit einem Gegenkonzept der „Netten Toiletten“ durchzusetzen, um den Toilettengang zu privatisieren, ist am Widerstand der Gastronomen und der Klo-Aktivisten gescheitert. Die zentralen kommunalen Toilettenanlagen bleiben erhalten und noch in diesem Jahr werden drei neue Häuschen rund um die Uhr in Betrieb genommen. Im nächsten Jahr folgen sieben weitere, und dann wird über eine bessere Beschilderung (Kulturleitsystem) diskutiert.

Umgestaltung Nelson-Mandela-Platz

Stadtplanungsausschuss, 12. März

Vor einem Jahr stellte die LINKE LISTE einen Antrag zum Thema „Umgestaltung des Nelson-Mandela-Platzes“. Der Antrag soll in erster Linie erreichen, dass der Namensgeber und Freiheitskämpfer mit einer Gedenktafel gewürdigt wird. Dieser Platz hat auch noch eine weitere Bedeutung: Auf dem heutigen Nelson-Mandela-Platz stand früher das „Schubgefängnis“ – eine Haftanstalt der Gestapo. Hier wurden politische Gegner und Juden bis zu ihrem Weitertransport interniert. Mit einem Erinnerungssymbol für das Schubgefängnis sollten wir an die Ermordeten erinnern und verhindern, dass die Neonazis Kundgebungen abhalten. Laut Art. 15 des BayVersammlG können Versammlungen verboten werden, wenn „die Versammlung an einem Tag oder Ort stattfinden soll, dem ein an die nationalsozialistische Gewalt- und Willkürherrschaft erinnernder Sinngehalt mit gewichtiger Symbolkraft zukommt und durch sie eine Beeinträchtigung der Würde der Opfer zu besorgen ist.“ Da die Beschlussvorlage der Verwaltung hinsichtlich der Gedenktafel für die Deportierten und das Schubgefängniss unzureichend berücksichtigt wurde, hat die LINKE LISTE einen Dringlichkeitsantrag gestellt. Auch in Zeiten von Pegida und deren Mitläufer wäre dies ein richtiges und wichtiges Zeichen gegen jeglichen Rassismus in der „Stadt des Friedens und der Menschenrechte“. Leider wurde unser Antrag in der Ausschusssitzung unter den Tisch gekehrt, daher gibt es in diesem Sinne kein Ergebnis. Die LINKE LISTE bleibt an diesem Thema und macht sich weiterhin dafür stark.

Kolumne: Scharf kommentiert

Opposition geht in die Offensive

Bei den Wahlen 2014 hat es für die SPD wieder nicht zur Mehrheit gereicht. Erneut musste ein Partner her. CSU und Grüne machten sich schick, doch Maly gab den Grünen einen Korb und stieg wieder mit den Schwarzen ins Bett. Doch wenigstens in den Fachausschüssen wollte die SPD ohne Partner sein. Die Ausschüsse wurden verkleinert und die LINKE LISTE raus gehalten. So ergaunerte sich die SPD dort die alleinige Mehrheit. Gebracht hat dies Stillstand und viel Gemauschel. Nun wehrt sich die Opposition. Grüne, LINKE LISTE, ödp, FW, Piraten, FDP und Die Guten fordern in einem Antrag mehr Mitsprache.
Immer wieder werden Entscheidungen schon im Vorfeld festgelegt und Tatsachen verschwiegen. Z. B. wurde bei den Haushaltsberatung verheimlicht, dass neue U-Bahnen gekauft werden müssen. Einen Monat später kamen die Zahlen auf den Tisch, doch das Geld war schon längst verplant. So wurde es einfach beim Immobilienunternehmen wbg Nürnberg geholt. Sollte es damit nicht bezahlbare Wohnungen bauen? Und von den neu geplanten VAG-Fahrpreisen erfuhren wir aus der Zeitung. Die Fraktionen wurden schon vorab informiert!
OB Maly erklärt zu dem Antrag: „Im politischen Prozessablauf der Nürnberger Stadtverwaltung und Stadtpolitik existieren natürlich ‚informelle Strukturen‘.“ Diese Mauschelpolitik auch noch als „natürlich“ zu bezeichnen ist ein schlechter Witz. Ein demokratisches gläsernes Rathaus, wie es die LINKE LISTE fordert, hat keine Angst vor einer Entscheidungsfindung im Stadtrat selbst. Dort gehört sie nämlich hin und nicht in die Hinterzimmer der Fraktionen.

Leyla bleibt!

Die heute 22jährige Kurdin hatte zu ihrem 18. Geburtstag einen Ausweisungsbeschluss der Stadt erhalten. Sie hatte als Minderjährige an legalen, angemeldeten Veranstaltungen und Demonstrationen teilgenommen. Die Ausländerbehörde sah in ihr eine „abstrakte Gefahr“ und wollte eine „präventive Abschiebung“ durchführen. Es entwickelte sich für die gut integrierte Auszubildende eine breite Solidarität und das engagierte Bündnis „Bleiberecht für Leyla“. Auch im Stadtrat wurde mehrmals durch Anträge der Grünen und der Linken Liste darüber diskutiert. OB Maly und Herr Kuch, Leiter der Ausländerbehörde, hielten jedoch an ihrem Abschiebungsbestreben fest. **Nun wurden die Herren vom Verwaltungsgericht Ansbach eines Besseren belehrt: Leyla, die inzwischen Asyl beantragte, erhielt den Flüchtlingsstatus und darf nicht abgeschoben werden!** Das Gericht stellte in seinem Urteil fest, dass weder die Teilnahme an kurdischen Veranstaltungen noch die angeblich gerufene Parole „Hoch lebe Özcalan“ eine Abschiebung begründen. Weiterhin begründete der Richter sein Urteil, dass Leyla in der Türkei sehr wohl Bedrohung und Verfolgung ausgesetzt wäre. Nun ist die Stadt Nürnberg aufgefordert, Leyla eine Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Abs. 2 AufenthG zu erteilen. Die LINKE LISTE fordert die Ausländerbehörde auch dazu auf, Schikanen, wie die Wohnortsbeschränkung, endlich aufzuheben. Der Titel „Stadt der Menschenrechte“ hält bei diesem Vorgehen der Ausländerbehörde im Fall Leyla nicht stand.

Leyla (Mitte) im Gespräch mit Ulla Jelpke (MdB, DIE LINKE) und Marion Padua (Stadträtin, LINKE LISTE)

8. März - Internationaler Frauentag

Am 8 März war internationaler Frauentag. Aus diesem Anlass verteilten die Stadträtinnen Padua und Bahadir Brot und Rosen an Nürnberger Mädchen- und Fraueneinrichtungen und dankten den Frauen für Ihr Engagement.

Sozialfonds

Die LINKE LISTE hat einen Sozialfonds, in den unsere StadträtInnen aus ihren Bezügen einzahlen. Seit wir im Rathaus sind, konnten wir dadurch vielen Menschen in schwierigen Situationen, wie z. B. bei Stromsperren oder Nazianschlägen, helfen.
Seit 2010 wurden insgesamt über 21.000 € für Hilfen zur Verfügung gestellt.

Was ist die LINKE LISTE?

Die LINKE LISTE Nürnberg ist ein Bündnis aus verschiedenen politischen Organisationen und Einzelpersonen. Wir engagieren uns für ein demokratisches und soziales Nürnberg und stehen für eine lebenswerte, menschen- und umweltfreundliche Stadt.
Durch uns wird im Stadtrat wieder strittig diskutiert und zwar über Themen, die vorher - hauptsächlich von den beiden großen Parteien SPD und CSU - im Hinterzimmer ausgehandelt und im Stadtrat nur noch abgenickt wurden. Wie z. B. die ständigen Preiserhöhungen der VAG oder die unsoziale Wohnungspolitik.
Wir tragen die Forderungen betroffener BürgerInnen in den Stadtrat und machen transparent, wer dazu wie abstimmt. Die Parteien müssen jetzt Farbe bekennen!
Das Abstimmungsverhalten der Anderen kann aber nicht durch bloße Diskussion im Stadtrat geändert werden. Durchsetzen können wir berechtigte Forderungen nur dann, wenn sie von möglichst vielen Menschen auch außerhalb des Rathauses artikuliert werden. Wir hoffen dabei weiterhin auf Ihre Unterstützung!

Titus Schüller M. Padua Özlem Bahadir

Bürozeiten: Mo. bis Fr. 10 bis 13 Uhr

LINKE LISTE Nürnberg
Humboldtstraße 104
90459 Nürnberg
Telefon: 0911 2 87 60 13
buero@linke-liste-nuernberg.de

Konto: LINKE LISTE Nürnberg, Sparkasse, IBAN: DE77 7605 0101 0010 4662 09, BIC: SSKNDE77XXX, Stichwort: Spende

V.i.S.d.P.: Marion Padua, Humboldtstraße 104, 90459 Nürnberg